

Weniger Lohn für Kranke und geringerer Kündigungsschutz – Reiche will die „Agenda 2030“



Von **Daniel Zwick**
Wirtschaftsredakteur

Veröffentlicht am 13.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Katherina Reiche (CDU) neben der zurückgekehrten Ludwig-Erhard-Büste

Quelle: Carsten Koall/dpa

Grundsatzrede in Berlin: Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) stellt nun den rigiden Kündigungsschutz in Deutschland infrage – zusätzlich zu Forderungen nach späterem Rentenbeginn. Auch eine Änderung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bringt sie ins Spiel.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hat in einer politischen Grundsatzrede weitgehende Reformen für das Land gefordert. Nach ihren Vorstellungen soll unter anderem der Kündigungsschutz für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern gelockert werden. Reiche sprach von einer „Agenda 2030“ und bezog sich dabei auf die erfolgreichen Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) vor gut 25 Jahren.

Während sich Schröders Agenda 2010 auf den Arbeitsmarkt bezog, fordert Reiche nun deutlich breitere Reformen, auch in anderen Politikfeldern. Neben der Reform der Sozialsysteme umfasst ihre „Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ vier Punkte: den Abbau von Regulierung, günstigere Energiepreise, Innovationsanreize und mehr deutsches Engagement in der Europäischen Union. Reiche fordert abermals eine längere Lebensarbeitszeit – womit sie bei den Koalitionspartnern SPD und CSU, aber auch bei Teilen ihrer eigenen Partei bereits auf Ablehnung gestoßen war.

„Längere Lebensarbeitszeiten heute wären ein deutliches Zeichen von intergenerationeller Solidarität und Gerechtigkeit“, sagte Reiche mit Blick auf die älteren Generationen. Die Gesellschaft sei auf die Fähigkeiten und die Leistungsbereitschaft junger Menschen angewiesen, um das Land wieder auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. „Wir müssen das Aufstiegsversprechen, das unser Land Jahrzehnte geprägt hat, dringend wieder mit Leben füllen.“

Auch zugunsten junger Einsteiger in den Arbeitsmarkt spricht sie sich nun für Lockerungen beim Kündigungsschutz aus. Das dürfte in der Koalition ebenfalls zu Widerstand führen. „Wir brauchen Flexibilität im Arbeitsmarkt“, forderte Reiche. „Konkret will ich fragen, ob wir den gleichen Kündigungsschutz brauchen für hochbezahlte Führungskräfte oder für die Pflegekraft.“

Das hohe Schutzniveau für Arbeitnehmer sei richtig. Aber häufigere Arbeitsplatzwechsel führten meist zu höheren Löhnen und zu mehr wirtschaftlicher Dynamik. „Wir sollten auch darüber reden, ob wir mit der Lohnfortzahlung ab dem ersten Krankheitstag nicht die falschen Anreize setzen“, sagte Reiche unter Applaus aus dem Publikum.

Damit bringt die Wirtschaftsministerin ins Spiel, dass kürzere Krankheitszeiten vom Lohn abgezogen werden könnten. Arbeitgeberverbände und Unternehmen fordern das schon länger.

Als Rahmen für ihre Grundsatzrede hat die Ministerin eine symbolschwere Veranstaltung gewählt, in deren Verlauf eine Büste des ersten bundesdeutschen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard (CDU) zurück an das Ministerium übergeben wurde. Die Leihgabe hatte seit 2006 im Foyer des Berliner Amtssitzes gestanden und war vor zwei Jahren entfernt worden – aus Protest der Besitzer gegen die Politik des damaligen Ministers Robert Habeck (Grüne).

Nun liegt Reiches Wirtschaftspolitik zumindest rhetorisch wieder auf der Linie des inzwischen verstorbenen Besitzers der Büste, Herbert B. Schmidt, einem einst engen Mitarbeiter von Ludwig Erhard. Die Stiftung Schmidts hat sie deswegen wieder zurück an das Ministerium verliehen.

Einschnitt bei Heizungsförderung

So fordert die Ministerin unter anderem einen Abbau von Subventionen – und geht damit auf Konfrontationskurs zu ihrem Kollegen, Umweltminister Carsten Schneider (SPD). Dieser hatte gerade bekräftigt, dass die staatliche Förderung des Heizungsumbaus von bis zu 70 Prozent der Kosten beibehalten werden soll.

Für Reiche gehört zu ihrer Agenda, „dass wir Fördermaßnahmen effizient ausrichten und sie im Zweifel auch stärker zurückschneiden auf die Fälle, bei denen es tatsächlich auf die Förderung ankommt“. Ein Beispiel nannte sie in der Rede: „Beim Heizungstausch wird künftig mehr Eigenverantwortung gefragt sein.“

Zumindest in Teilen ihres eigenen Politikfelds propagiert die Ministerin ebenfalls eine klare ordnungspolitische Linie. „Weder in Deutschland noch in Europa darf das Kartellrecht geschwächt werden“, forderte sie. Derzeit gibt es bei EU-Regierungen wieder Bestrebungen, das Wettbewerbsrecht zu lockern, damit in Europa große Tech-Riesen entstehen können wie in den USA.

Dem setzt Reiche eine marktwirtschaftliche Position entgegen. Statt zunehmender Marktkonzentration brauche es mehr marktwirtschaftliche Dynamik, sagte sie. „Wir werden das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen anpassen, so dass Ministererlaubnisse die absolute Ausnahme bleiben im Kartellrecht“, kündigte sie an.

Dass die ordnungspolitisch strikte Linie in ihrem Arbeitsbereich an Grenzen stößt, weiß Reiche gut. Besonders im überregulierten und staatlich gelenkten Energiemarkt fehlt es weitgehend an Wettbewerb. Den Beleg bringt Reiche selbst am Donnerstag vor. Da wird sie ihren Gesetzentwurf zur Senkung der Strom-Netzentgelte in den Bundestag einbringen: 6,5 Milliarden Euro an Subventionen sieht dieser vor, für ein System, in dem die Marktwirtschaft nicht funktioniert. Von strukturellen Reformen zum Strommarkt war von der Wirtschaftsministerin noch nicht viel zu hören.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „Business Insider Deutschland“ (<https://www.businessinsider.de/>) erstellt.

Daniel Zwick (<https://www.welt.de/autor/daniel-zwick/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin und berichtet für WELT über Wirtschafts- und Energiepolitik, Digitalisierung und Staatsmodernisierung.